

Kormorane sind wieder da

Vertreibung fehlgeschlagen

Radolfzell – Die von Naturschützern heftig kritisierte nächtliche Vertreibungsaktion der Kormorane im Radolfzeller Aachried Anfang April scheint doch weniger erfolgreich gewesen zu sein als geplant.

VON GERHARD HERR

Obwohl Mitarbeiter des Freiburger Regierungspräsidiums, das den Scheinwerferangriff auf die brütenden Kormorane am westlichen Bodenseeufer genehmigt hatte, von einem 90-prozentigen Verlust der gerade geschlüpften Jungvögel sprach, sind in vielen der rund 100 Nester jetzt aber zwei bis drei Jungvögel zu sehen.

Die knapp sieben Grad kalte Nacht auf den 9. April im 275 Hektar großen Naturschutzgebiet am westlichen Bodenseeufer bleibt Naturschützern unvergessen. Um 20.45 Uhr fuhren zwei Boote, besetzt mit Fischern und dem staatlichen Fischereiaufseher, ins Ried, um mit großen Halogenscheinwerfern die ungeliebten Fischräuber aus ihren Nestern zu vertreiben. Ziel der Aktion: Die Jungvögel oder die noch in den Eiern liegende Brut sollten erfrieren.

Dieser „eisige Kormorantod im Naturschutzgebiet“ sei unverantwortlich, protestierte der Landesvorsitzende des Naturschutzbunds Deutschland (Nabu), Andre Baumann. Der Nabu und der Bundesverband Menschen für Tierrechte reichten Strafanzeige gegen das zuständige Regierungspräsidium Freiburg ein. Auch Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) wollen die Naturschützer wegen der „Aktion Kalt-Ei“ rechtlich belangen.

Allerdings scheint sich die Natur im Aachried nicht ganz an die Pläne zu halten. In den Schlaf- und Nistbäumen sind derzeit zahlreiche junge und alte Kormorane zu sehen: „Die Aktion hat offenbar nicht viel gebracht“, sagte jetzt die Nabu-Mitarbeiterin Anja Matuszek bei einer Begehung. Nach der Aprilnacht sei die Anzahl der Brutnester von 70 auf über 100 angestiegen. Darin sitzen je zwei bis drei Jungvögel. Immer wenn die Eltern mit Frischfisch im Kropf angefliegen kommen, recken sie gierig ihre Schnäbel in die Höhe. Ein Kormoran frisst zwischen 500 Gramm und 1,5 Kilo Fisch am Tag. Aufgrund des hohen Fischbedarfs der Vögel hatten Berufs- und Hobbyfischer aus Deutschland und der Schweiz den Antrag für die Vertreibungsaktion gestellt.

Tod nach Fahrt in Speiseaufzug

Freudenstadt (ddp) – Unfug bei einer Party in Freudenstadt hat einem 17-Jährigen das Leben gekostet. Nach Polizeiangaben vom Montag war der Jugendliche am Wochenende bei einer Geburtstagsfeier in einer Gaststätte in den Speiseaufzug geklettert. Der 29-jährige Gastgeber drückte daraufhin den Bedienknopf des Aufzugs, obwohl der 17-Jährige nicht ganz hineinpasste. Während der Fahrt wurde der Jugendliche mit dem Oberkörper und den Beinen im Aufzugsschacht eingeklemmt. Die alarmierte Feuerwehr musste eine Stunde lang das Mauerwerk abtragen, um den Bewusstlosen bergen zu können. Der 17-Jährige trug so schwere Verletzungen davon, dass er am Sonntag in einem Krankenhaus verstarb.

Gewalttätige Zwillinge in Haft

Ulm (lsw) – Zwei 18 Jahre alte Brüder aus Ulm sitzen in Untersuchungshaft, weil sie einen 15- und einen 17-Jährigen verprügelt sowie einen weiteren Zeugen mit einem Messer bedroht haben sollen. Die sollen in der Nacht zum 18. Mai in Berghülen zunächst einen 15-Jährigen geschlagen haben. Als ein 17-Jähriger helfen wollte, soll das Duo diesen ebenfalls verprügelt haben. Einem weiteren Zeugen soll einer der Brüder ein Messer an den Hals gehalten haben, um ihn am Eingreifen zu hindern. Der 15-Jährige erlitt eine Platzwunde am Hinterkopf.

Ulmer Recycling-Firma in Flammen



Dieses Feuer in einer Recyclingfirma in einem Ulmer Industriegebiet hat am Sonntagabend einen Schaden von acht bis neun Millionen Euro angerichtet. Eine Lagerhalle brannte vollständig ab. Den etwa 300 Feuerwehrleuten gelang es, ein Übergreifen

des Brandes auf weitere Hallen zu verhindern; bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann leicht verletzt. Die Brandbekämpfung gestaltete sich besonders schwer, weil das in der Halle gelagerte Papier zu Ballen zusammengepresst war.

Diese hätten nacheinander geöffnet werden müssen, um alle Glutnester zu entdecken. „Es wird noch Tage dauern, bis das Feuer endgültig gelöscht ist“, sagte ein Polizeisprecher am Montag. Die Brandursache ist unklar. Foto: dpa

Entwicklung der Studentenzahlen

Studierende und Studienanfänger an baden-württembergischen Hochschulen im Wintersemester 2007/2008
in Klammern: Veränderung gegenüber 2005 (SS 2005 und WS 2005/2006)

Studierende		
Universitäten	133 895	(-2%)
Pädagogische Hochschulen	19 937	(-5%)
Kunsthochschulen	4 195	(+2%)
Fachhochschulen zusammen	68 777	(±0%)
Verwaltungsfachschulen	4 705	k. Angaben
Berufsakademien	20 966	(+10%)
insgesamt	252 475	(±0%)

Studienanfänger		
Universitäten	22 484	(-13%)
Pädagogische Hochschulen	2 968	(±0%)
Kunsthochschulen	601	(+2%)
Fachhochschulen zusammen	11 857	(+7%)
Verwaltungsfachschulen	1 270	k. Angaben
Berufsakademien	7 966	(+16%)
insgesamt	47 146	(-2%)

SIN-Graphik: Lange / Quelle: Statistisches Landesamt

Abiturienten gehen seltener studieren

Beirat legt ersten Bericht zu Studiengebühren vor

Stuttgart – Die Landesregierung sollte sich stärker um Studenten aus einkommensschwachen Familien kümmern. Das hat der Beirat zur Kontrolle von Studiengebühren am Montag in Stuttgart gefordert.

VON MARIA WETZEL

Eines kann der Beirat sicher sagen: Mit dem Sommersemester 2007 eingeführten Studiengebühren hat sich die finanzielle Situation der Hochschulen und Berufsakademien in Baden-Württemberg deutlich verbessert. Pro Jahr nehmen sie rund 180 Millionen Euro zusätzlich ein. Rund die Hälfte der Mittel seien verwendet worden, um zusätzliches Personal einzustellen, sagte Eibe Riedel, Vorsitzender des vom Wissenschaftsministerium eingesetzten Beirats. Die Gebühren sollten nach Ansicht des Gremiums, das aus 17 Wissenschaftlern und Studenten besteht, jedoch nicht nur für zusätzliche Gastdozenten und Tutoren verwendet werden, sondern auch für weitere Professoren. Das größte Problem in der Lehre sei, dass zu viele Studenten von einem Professor betreut werden müssten, so Riedel. Auch Wissenschaftsminister Frankenberg plädierte für zusätzliche Professoren. „Das Hauptziel der Einführung von Studiengebühren ist die Verbesserung der Betreuungsrelation.“

Noch zu keinem Ergebnis kam der Beirat bei der Frage, ob die Gebühren Abiturien-

Unklar ist, ob Gebühren abschreckend wirken

ten von den Hochschulen fernhalten. Eine genaue Aussage darüber sei voraussichtlich erst 2010 möglich, sagte Riedel. Dafür könnte sprechen, dass trotz der steigenden Zahl der Studienberechtigten die Zahl der Studenten im vergangenen Wintersemester gegenüber dem Jahr 2005 gesunken ist. Die

Universitäten und die Pädagogischen Hochschulen verloren Studenten, die Berufsakademien hingegen legten zu. Allerdings könnte der Rückgang auch auf die Umstellung auf einen Studienbeginn nur noch im Wintersemester, auf die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse oder auf Zulassungsbeschränkungen an Universitäten und Fachhochschulen zurückzuführen sein, sagte Riedel. Minister Frankenberg sieht einen Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Studierenden

Frankenberg sieht Bezug zu konjunktureller Entwicklung

und der konjunkturellen Entwicklung im Südwesten. Bei guten Einstellungschancen gehe die Studienneigung erfahrungsgemäß zurück, so der CDU-Politiker.

Der Beirat empfahl dem Ministerium eine zusätzliche Erhebung, um die Sozialverträglichkeit der Studiengebühren feststellen zu können. Zudem seien „intensivere Bemühungen zur Erfassung von Studierenden aus sozial benachteiligten Gruppen, insbesondere von Studenten mit Migrationshintergrund beziehungsweise solche aus sozial schwachen Familien vorzunehmen“. Studenten aus solchen Familien könnte die Entscheidung für ein Studium erleichtert werden, wenn die Schuldenhöchstgrenze wie in Nordrhein-Westfalen bei 10 000 Euro festgesetzt wird. Nach der jetzigen Regelung müssten Studenten für Bafög-Darlehen und Studiengebührenkredite bis zu 15 000 Euro zurückerzahlen. Das lehnt Frankenberg ab.

SPD und Grüne im Landtag kritisierten erneut die Gebühren. An den gravierenden Problemen der Hochschulen, etwa den hohen Abbrecherquoten in den Ingenieurwissenschaften, hätten die Gebühren überhaupt nichts verändert, erklärte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. Die Hochschulexpertin der Grünen, Theresia Bauer, forderte Gegenmaßnahmen, um den Studentenrückgang zu stoppen.

Bienensterben: Politik reagiert

Auflagen für Maisaussa

Stuttgart – Auf das Bienensterben im Rheintal hat nun auch das Bundeslandwirtschaftsministerium reagiert.

VON ALEXANDRA BÖTTINGER

Die mit dem Insektengift Clothianidin behandelten Maiskörner dürfen nicht mehr mit pneumatischen Maschinen gesät werden. Hintergrund ist das Verenden von Tausenden von Bienenvölkern in der Region zwischen Bad Krozingen und Raststatt. Wissenschaftler vermuten, dass bei der Behandlung von Maiskörnern mit Clothianidin eine minderwertige Haftmasse zum Aufbringen des Insektengifts auf die Saat verwendet wurde. Bei deren Ausbringung mit pneumatischen Sämaschinen könnte sich aus dem Abrieb des Beizmittels eine Giftwolke gebildet haben, welche sich auf blühende Pflanzen legte. Die Bienen trugen die kontaminierten Pollen in ihren Stock.

Bereits vor zehn Tagen hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) den Verkauf und die Anwendung des Insektengifts Clothianidin verboten. Allerdings durften die behandelten Maiskörner, die bereits bei den Landwirten waren, noch gesät werden. Damals gab es die Empfehlung, Maschinen zu verwenden, bei denen die Abluft in den Boden geleitet wird. Die Imker kritisierten diese Vorgehensweise. Der Behörde konnte jedoch kein Vorwurf gemacht werden. Denn die Entscheidung, ob gesät werden darf, fällt nicht das BVL, sondern das Ministerium.

Skepsis äußert nun auch die Ortenauer Bundestagsabgeordnete Elvira Drobinski-Weiß (SPD). Sie bezeichnet das Teilverbot für die Aussaat als „wenig mehr als eine überfällige Mini-Maßnahme“. Drobinski-Weiß plädiert dafür, Schädlinge verstärkt mit natürlichen Mitteln zu bekämpfen, statt immer mehr Chemie in der Landwirtschaft einzusetzen. Zu kritisieren ist die späte Entscheidung des Ministeriums aber auch, weil der Mais in den meisten Regionen des Landes längst gesät ist.

95 Millionen Euro für eine bessere Lehre

Bei der Verwendung der Studiengebühren setzen die neun Universitäten im Land ähnliche Prioritäten

Stuttgart (ab) – So haben die Universitäten im Südwesten die Studiengebühren nach eigenen Angaben verwendet:

Freiburg

Einnahmen: mehr als 14 Millionen Euro
Verteilung: Neun Millionen Euro werden an die Fakultäten weitergegeben. Aus diesem Budget werden jährlich eine Million Euro für einen Investitionsfonds Lehre und 500 000 Euro für innovative Lehrprojekte zur Verfügung gestellt. Knapp vier Millionen Euro sind für gesamtuniversitäre Aufgaben vorgesehen. Der Rest fließt in die Verwaltung und in den Studienfonds.

Heidelberg

Einnahmen: 17,8 Millionen Euro
Verteilung: Die Universität verfolgt ein fächerbezogenes Konzept. Ein Großteil des Geldes wird den Fakultäten zur Verfügung

gestellt. Etwa fünf Prozent fließen in zentrale Einrichtungen. Die Studiengebühren wurden insbesondere zur Erweiterung des Lehrangebots verwendet. So gibt es wieder mehr Übungen, Gastvorträge und Tutorien.

Hohenheim

Einnahmen: 4,8 Millionen Euro
Verteilung: 30 Prozent werden zentral verwendet, wobei 15 Prozent der Bibliothek zur Verfügung gestellt werden. 70 Prozent fließen an die Fakultäten, die Hälfte wurde in zusätzliches Lehrpersonal investiert.

Karlsruhe

Einnahmen: 14 Millionen Euro
Verteilung: 45 Prozent fließen in globale Maßnahmen, 55 Prozent werden den Fakultäten zur Verfügung gestellt. Von den bisher ausgegebenen Gebühren wurden beispielsweise 41 Prozent für die Verbesserung der

Betreuungssituation, 19 Prozent in die Ausstattung der Praktika und 18 Prozent in Beratungs- und Mentoringangebote investiert.

Konstanz

Einnahmen: 6,5 Millionen Euro
Verteilung: Knapp 60 Prozent gehen an die Fakultäten, etwa 40 Prozent an zentrale Einrichtungen. In die Verwaltung und den Studienfonds fließen jeweils etwa 100 000 Euro. Aus den Gebühren dürfen keine Professoren- und reinen Forschungsstellen finanziert werden. Bei den Naturwissenschaften wurde das Geld vor allem für Tutorien, bei den Literaturwissenschaften für die Neueinstellung von Dozenten verwendet.

Mannheim

Einnahmen: rund acht Millionen Euro
Verteilung: 30 Prozent gehen an die zentralen Einrichtungen. Bisher wurde das meiste

Geld in die Bibliothek investiert. 70 Prozent der Gebühren werden den Fakultäten zur Verfügung gestellt. So wurde das Angebot an Lehrveranstaltungen, Gastvorträgen und Tutorien erweitert.

Stuttgart

Einnahmen: 6,9 Millionen Euro
Verteilung: 60 Prozent fließen an die Fakultäten. 30 Prozent werden für das Programm „Investitionen und Innovationen für die Lehre“ zur Verfügung gestellt – eine universitätsweite Ausschreibung, bei der die Fakultäten ihre Projekte einreichen können. Zehn Prozent werden als Reserve für unvorhergesehene Maßnahmen zurückgehalten.

Tübingen

Einnahmen: knapp 18 Millionen Euro
Verteilung: Die Fakultäten erhalten die Hälfte des Geldes. Rund vier Millionen Euro

gehen an zentrale Einrichtungen. Der Rest wird für die Verwaltung und den Ausfallfonds zurückgestellt. Da zunächst unklar war, wofür die Gebühren verwendet werden dürfen, wurde ein Großteil in Tutorien investiert. Zudem wurde das Angebot am Fachsprachenzentrum und an fächerübergreifenden, berufsorientierenden Veranstaltungen erweitert.

Ulm

Einnahmen: 5,2 Millionen Euro
Verteilung: Die Hälfte wird den Fakultäten zur Verfügung gestellt. Das meiste Geld kommt den Medizinern zugute. Sie verwenden es vor allem zur Aufstockung des Personals und zur Erweiterung des Lehrangebots. Ein Viertel der Gebühren wird zentral verwendet, wobei bislang viel Geld für Sanierungsarbeiten ausgegeben wurde. 25 Prozent der Einnahmen fließen in den Ausfallfonds und die Verwaltung.